

Widersprüche im Wandel der Geschlechterordnung: die ungelöste Care-Problematik

Sabine Beckmann

I Einleitung

Wesentliche soziale Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte fanden zeitlich parallel zum Übergang zu einer neuen Form des Kapitalismus, als postfordistischen und neoliberalen Kapitalismus, statt. Diesen Prozessen als auch dem Übergang zum Neoliberalismus inhärent sind die Betonung des Individuums oder auch die Annahme der Freisetzung der Subjekte aus vormals vorherrschenden Lebenszwängen und -bezügen. Auch wenn Individualisierungstendenzen wie auch eine Veränderung der Lebensbezüge festgestellt werden können, so kann doch nicht von einer vollständigen Freisetzung der Subjekte gesprochen werden. Denn es kann weder eine Erosion der Strukturkategorie Geschlecht noch die Auflösung der Relevanz anderer Ungleichheitsdimensionen wie *class*, *race* oder Migration für die gesellschaftliche Positionierung beobachtet werden. Trotz zunehmender Individualisierung und tendenzieller Auflösung herkömmlicher Bezüge bleiben Ungleichheit und somit das Vorhandensein bestimmter Ungleichheitsstrukturen als prägendes Merkmal moderner Gesellschaften bestehen.

Hinsichtlich des Wandels der Geschlechterordnung stellt Gudrun-Axeli Knapp (2009) diesbezüglich paradoxe oder widersprüchliche Prozesse fest, wobei sich sämtliche feministische Strömungen als nicht gefeit davor erwiesen hätten, Einfallstore für paradoxe Wirkungen darzustellen (ebd.: 314).

Nancy Fraser (2009) geht in ihrer Analyse der ambivalenten Wechselwirkungen zwischen Feminismus und neoliberalen Kapitalismus noch einen Schritt weiter und untersucht die These, ob die von ihr festgestellte „Akzentverschiebung von der Umverteilung zur Anerkennung“ in der Frauenbewegung und die dominierenden feministischen Forderungen nach einer Anerkennung von Differenzen sowie der Konzentration auf feministische Kulturforschung in einer Zeit, in der Subjektivierung und der Verweis auf individuelle Verantwortungen (wirtschafts-) politisch an Bedeutung gewannen, diesem Subjektbegriff durchaus Vorschub leisteten. Ihrer Meinung nach hätten feministische sozialökonomische Kämpfe dieser neoliberalen Politik wesentlich gefährlicher werden können (ebd.: 50).

Im Feld von Erwerbs- und Fürsorgearbeit stellt sich durchaus die Frage, inwieweit die von Fraser und Knapp angenommenen Wechselwirkungen und Widersprüche erkennbar sind. Die feministische Forderung nach Zugang zu Erwerbsarbeit für Frauen ist eines der Kernstücke zur Entwicklung von Gleichberechtigung und Emanzipation, wie auch die Einforderung der Anerkennung von Differenzen sowie die Betonung von unterschiedlichen Lebenssituationen und der Verschiedenheit von Individuen eine wichtige Strategie des Aufbrechens begrenzender Normen ist. Das für die europäische Sozialpolitik bedeutende *adult worker model* jedoch, wonach alle BürgerInnen als Erwerbspersonen angenommen werden und welches zunehmend im Mittelpunkt neoliberaler Politik steht, wirkt sich in sehr ambivalenter Weise auf die Lebensumstände

von Frauen und Männern und die damit einhergehende Organisation von Care aus. Meine Annahme ist, dass, vor dem Hintergrund der Thesen und Analysen Frasers und Knapps, sich im Bereich der Organisation von Arbeit durchaus Widersprüche und Paradoxien zeigen: Der mit der Transformation von Arbeit einhergehende Wandel der Geschlechterordnung, die Erosion des Familienernährermodells und zunehmende Erwerbstätigkeit ermöglichen Frauen vielfältige Emanzipations- und Partizipationsmöglichkeiten. Doch gerade aus intersektionaler Perspektive wird deutlich, dass die Entwicklung der Organisation von Erwerbs- und Sorgearbeit sich entlang der Ungleichheitskategorien gender/class/race verschieden niederschlägt. „Im Ergebnis folgt die Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit weiterhin einem teils offenkundigen, teils verschlüsselten Geschlechtercode“ (Kurz-Scherf 2005: 18f.), der sich nicht nur hinsichtlich der geschlechtstypischen und -hierarchischen Besetzung von Tätigkeitsfeldern und Beschäftigungsverhältnissen zeigt. Gerade auch die Auswirkungen auf die Organisation von Care und die in Verbindung mit dem adult worker model stehenden Anforderungen bewirken starke sozial und ethnisch konnotierte Differenzen und Hierarchien. Insofern lässt sich dem Wandel der Arbeit eine paradoxe Entwicklung entnehmen, die von feministischer Politik und Theorie nicht intendierte Wirkungen mit sich bringt.

Der folgende Beitrag wird aus intersektionaler Perspektive dieses widersprüchliche Zueinander im Feld der Arbeit und die hiermit verbundenen Paradoxien des Wandels der Geschlechterordnung aufzeigen. Als wesentliche Problematik werden dabei das nach wie vor ungelöste Problem der Organisation von Care und ein enggeführter Arbeitsbegriff identifiziert.

2 Wechselwirkungen und Paradoxien im Wandel der Geschlechterordnung

Rückblickend auf 40 Jahre Frauenbewegung untersucht Nancy Fraser zu zwei Zeitpunkten die Entwicklung der zentralen Diskussionen der Frauenbewegung. Jeder dieser Zeitpunkte stellt einen spezifischen Moment der Entwicklung des Kapitalismus dar. Während zum ersten Zeitpunkt sich die Kritik der Neuen Frauenbewegung noch auf den staatlich organisierten Kapitalismus bezog, stellt Fraser zum zweiten Zeitpunkt der Untersuchung fest, dass sich das Terrain, auf dem die Frauenbewegung agierte, verändert hatte: der aufkommende Neoliberalismus hatte feministische Ideale und Normen umgedeutet, so dass Bestrebungen, die zuvor eine emanzipative Stoßrichtung hatten, nun einen zwiespältigen Sinngehalt gewannen (ebd.: 49f), sowie Auswirkungen auf die Art und Weise des Wandels der Geschlechterordnung aufwiesen. Sie bezieht sich hierbei auf vier Punkte, die die Neue Frauenbewegung am Kapitalismus besonders kritisierte: den Ökonomismus, den Androzentrismus, den Etatismus sowie die Orientierung auf das „westfälische“ Staatensystem (Fraser 2009: 45ff). Zum ersten Zeitpunkt der Untersuchung, also im Kontext des staatlich organisierten Kapitalismus, kritisierte die Neue Frauenbewegung Ökonomismus, Etatismus und die Orientierung auf das „westfälische“ Staatensystem, indem sie die Fixierung auf das Ökonomische mit Hinweis auf das Private und der Erweiterung eines Ungerechtigkeitsbegriffs über das Wirtschaftliche hinaus beanstandete und den Zusammenhang zwischen Ökonomie, Kultur und Politik herausarbeitete. Auch der für den Etatismus typische Managerethos und der fordistische Organisationstyp, so Fraser, wurden abgelehnt unter Hinweis auf die in dieser Organisationsform inhärente hierarchische Männlichkeit. Stattdessen entwarf die Neue Frauenbewegung ein gegenkulturelles, antihierarchisches, partizipatorisches und demotisches Demokratieideal (ebd.: 48ff). Im Zentrum der Kritik am Androzentrismus stand die Kritik

an der generell androzentrisch verfassten Struktur sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche, insbesondere des Arbeitsmarktes und der damit einhergehenden geschlechtlichen Arbeitsteilung. Der Familienlohn wurde als Ausdruck der mangelnden Anerkennung, Partizipation und geschlechtsbedingten Ungleichverteilung weiblich konnotierter Arbeit identifiziert.

Mit dem zum zweiten Zeitpunkt der Untersuchung aufsteigenden Neoliberalismus wurden, so Fraser, feministische Ideale aufgegriffen (ebd.: 50), umgedeutet und hätten somit einen subtilen Werte- und Bedeutungswandel erfahren (ebd.: 54). So habe die Kritik am Ökonomismus, über die Fixierung auf das Wirtschaftliche hinaus nicht auch die Bedeutung von Kultur für die gesellschaftliche Hierarchisierung in den Blick zu nehmen, dazu geführt, dass sozialökonomische Kämpfe in den Hintergrund traten und denen um Anerkennung untergeordnet wurden (ebd.: 50). Die Kritik am Androzentrismus und Familienlohn wurde in der neoliberalen Ära aufgegriffen, umgedeutet und resultierte im Aufkommen des Ideals der Doppelverdienerfamilien. Dieses Ideal war jedoch weit entfernt von den Zielen der Frauenbewegung, da der Norm der Doppelverdienerfamilie das Leitbild des freien, bindungslosen, sich selbst entwerfenden männlichen Individuums zugrundelag (vgl. Beckmann 2011). Diese neue Norm zeigte ihr neoliberales Antlitz janusgesichtig auf zwei Arten:

„[...] einerseits die weiblichen Kader der berufstätigen Mittelschicht mit ihrer Entschlossenheit, [...] die gläserne Decke zu durchbrechen; und auf der anderen Seite die weiblichen Teilzeitkräfte, Niedriglohn-Dienstleister, Hausangestellten, Sex-Arbeiterinnen, Migrantinnen, Exportproduktionszonen-Arbeiterinnen und Kleinkreditnehmerinnen, denen es nicht nur um Einkommen und materielle Sicherheit geht, sondern ebenso um Würde, persönliche Weiterentwicklung, und die Befreiung von überkommenen Autoritätsverhältnissen. In beiden Fällen wird der Traum von der Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine gestellt“ (Fraser 2009: 52).

Während die Neue Frauenbewegung in ihrer Bewertung der Orientierung auf das „westfälische“ Staatensystem laut Fraser eher ambivalent war, fiel die Kritik am Etatismus sehr deutlich aus und erfuhr infolge des Aufstiegs des Neoliberalismus eine paradoxe Umdeutung. Hatte die Frauenbewegung sozialstaatlichen Paternalismus kritisiert, so griff der Neoliberalismus diese Kritik als eine am bevormundenden Staat auf und entwarf demgegenüber eine Politik der Einschränkung sozialer staatlicher Tätigkeiten. „Was ursprünglich auf die Verwandlung staatlicher Macht in ein Instrument der Bürgerermächtigung und sozialen Gerechtigkeit abgezielt hatte, wird jetzt zur Legitimierung von Marktermächtigung, Privatisierung und Beschneidung sozialer Leistungen benutzt“ (Fraser 2009: 53).

Ähnlich wie Fraser weist auch Knapp in einem Beitrag über die Bedeutung von „Trans“- und Intersektionalitätsanalysen sowie der Untersuchung zu Paradoxien in der feministischen Forschung (Knapp 2009) darauf hin, dass in der feministischen Theoriediskussion die Auseinandersetzung um die Ambivalenzen und Paradoxien feministischer Politik in den letzten Jahren zugenommen hätten. Denn während Wandlungsprozesse auf der Ebene der Einstellungen und Geschlechternormen registriert werden könnten, könne angesichts der fortdauernden Reproduktion von Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis nicht von einer Erosion der Strukturkategorie Geschlecht gesprochen werden (ebd.: 313). Diese Tatsache könne im Zusammenhang mit jeder Strömung feministischer Politik und Theorie beobachtet werden. So ließen sich letztlich sämtliche Dilemmata feministischer Theorie und Politik als Einfallstore paradoxer Wirkungen beschreiben (ebd.: 314). Für das Gleichheits-Dilemmata gälte, dass das Gleichbehandeln Ungleicher zur Fortschreibung von Ungleichheiten führe und Differenzen unsichtbar gemacht würden,

während das Differenz-Dilemmata dazu führe, dass die Betonung von Differenzen zwischen den Geschlechtern Gründe für Besonderung und Diskriminierung fortsetzen könne. Das Identitäts-Dilemmata wiederum würde durch die Voraussetzung von Gruppenidentitäten zur Ausblendung des Nicht-Identischen einladen und die Verschiedenheit der Individuen unterschätzen. Im Gegensatz dazu habe aber ein identitätskritischer Dekonstruktivismus die konzeptuellen Bedingungen der Möglichkeit von Aussagen über Männer und Frauen als soziale Gruppen und über die Geschlechterverhältnisse zersetzt (ebd.: 315).

Knapps Darstellung des Gleichheitsdilemmata lässt sich in Frasers Analyse der Kritik des Androzentrismus und des Familienlohn wiederfinden, wo mit der Angleichung an den männlichen Normalarbeiter eine feministische Forderung aufgegriffen und umgedeutet wurde, sodass die Annahme von Frauen als *adult worker* die Tatsache ausblendet, dass Frauen im Gegensatz zu Männern nach wie vor die Hauptlast der Fürsorgearbeit tragen.

Ebenso wie der Verweis auf Unterschiede innerhalb der Genus- und sozialen Gruppen und auf dekonstruktivistische Politik nicht dazu führen sollte, sich paradoxerweise von der zentralen Notwendigkeit einer an klassischen Sozialstrukturen orientierten Politik abzuwenden, wie es der Hinwendung zu Diversity- und Mainstreaming-Policies vorgeworfen wird.

Diese Umdeutung von Idealen feministischer Theorie und der damit einhergehenden Paradoxie nicht intendierter Wirkungen feministischer Politik, wie sie bei Fraser beschrieben wurde, kann im Feld der (Erwerbs)arbeit verdeutlicht werden. Erwerbsarbeit ist mit Entwicklungen konfrontiert, die, angesichts der entstandenen Norm der Doppelverdienerfamilie, nicht eingebettet ist in einen tiefenstrukturellen Wandel, wie er seitens feministischer Theorie angedacht wurde. Auch Knapp verweist auf die „Gleichstellungsgewinne von Frauen bestimmter Schichten [...] auf der Basis von Umverteilung der Hausarbeit als prekäre Lohn- und Schattenarbeit an andere Frauen“ (dies. 2009: 316). Es können also die Lebensbedingungen von Frauen nicht begriffen werden, wenn das Feld nur über die Kategorie Geschlecht erschlossen würde, ebenso wie Ungleichheitsanalysen zu kurz greifen, wenn sie die Kategorie Geschlecht nicht einbeziehen.

Um den Paradoxien, widersprüchlichen Entwicklungen und damit verbundenen Herausforderungen begegnen zu können, fordert Fraser eine Theorie und Politik, die Umverteilung, Anerkennung und Repräsentanz verbindet (dies. 2009: 56), und Knapp verweist darauf, dass feministische Theorie auch auf gesellschaftstheoretische Entwürfe zurückgreifen müsse, die außerhalb ihres Zentralfokus Geschlecht entwickelt wurden. Ebenso wie Knapp bin ich der Ansicht, dass der Ansatz der Intersektionalität hierfür hilfreiches Potential bietet.

3 Die intersektionale Perspektive auf den Wandel der Geschlechterverhältnisse im Bereich der Arbeit

3.1 Die intersektionale Analyse – eine kurze Einführung

Intersektionale Analysen gelten der Untersuchung von Ungleichheiten, der Erklärung und Beschreibung verschiedener Ungleichheitskategorien und vor allem der Erforschung, inwieweit und mit welchen Konsequenzen sich diese überkreuzen.

Den Begriff *intersectionality* hatte 1989 zunächst Kimberlé Crenshaw eingeführt, um anhand einer Analyse von Gerichtsfällen die Verwobenheit von Ungleichheitsdimensionen aufzuzeigen

(Crenshaw 1989). Als Hauptkategorien der Ungleichheit wurden *gender*, *class* und *race* angeführt. Die Herausforderung des Begriffs und Ansatzes *intersectionality* bestand darin, diese Kategorien „nicht länger als additiv im Sinne einer Potenzierung von Vor- und Nachteilen zu denken, sondern ihr Zusammenwirken als Positionsbestimmung mit eigener Qualität zu untersuchen“ (Hagemann-White 2011: 18). Auf Basis der folgenden Diskussionen und Analysen differierte schließlich Leslie McCall (2005) drei verschiedene Zugangsweisen der intersektionalen Analyse: Durch einen *anti-kategorialen* Zugang wird die Konstruktion der Kategorien thematisiert und deren Dekonstruktion angestrebt, wohingegen *inter-kategorial* Ansätze explizit mit Kategorien arbeiten. Dabei werden die Verhältnisse und Wechselwirkungen zwischen den Kategorien analysiert. *Intra-kategoriale* Ansätze nehmen Fragen von Differenz und Ungleichheit innerhalb einer Kategorie in den Blick.

Neben der Analyse der Trias *gender*, *class*, *race* werden bei Analysen auf der Mikroebene eine relative große Anzahl von Kategorien angenommen, um die Möglichkeit, alle Diskriminierungsfaktoren zu erfassen, nicht zu begrenzen (Klinger 2008: 40f). Für Untersuchungen auf der Makroebene sollten intersektionale Analysen hingegen auf ausgewiesene Strukturdimensionen zurückgreifen. Von einer Ungleichheitskategorie im Sinne einer Struktur wäre demnach erst dann zu reden, „wenn eine Veränderung der Ungleichbehandlung das Potenzial zur Erschütterung der sozialen Ordnung hätte und auf entsprechend heftige Abwehr träfe“ (Hagemann-White 2011: 20). Ergänzend sind laut Klinger (2008) jene Kategorien als Strukturkategorien zu bezeichnen, die sich auf Aufgaben bezögen, die grundsätzlich jede Gesellschaft zu lösen habe: Die Herstellung und Verteilung der Mittel zum Leben sowie die Erzeugung und Erhaltung des Lebens selbst. Diese Aufgaben würden bislang herrschaftlich organisiert werden (ebd.), und zwar entlang der Kategorien Klasse, Geschlecht und Fremdheit (somit *race*/Ethnizität/Nationalität oder auch Migration).

3.2 Paradoxe Entwicklungen der Arbeitsorganisation

Der Wandel der Geschlechterordnung und der Lebensumstände von Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten hing in den westlichen Gesellschaften maßgeblich mit der Gleichstellung der Bildungsmöglichkeiten für Frauen und mit deren zunehmender Erwerbstätigkeit zusammen. Hiermit einher gingen tiefgreifende sozio-kulturelle Veränderungen, etwa im Verhältnis zwischen Männern und Frauen oder hinsichtlich der Organisation von Haus- und Familienarbeit. Wurden Kinder, Haushalt und pflegebedürftige Verwandte zunächst durch die unbezahlte Arbeit nicht erwerbstätiger und durch den Familienlohn gesicherter Hausfrauen versorgt, bedurfte es aufgrund der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen nun einer anderen Organisation von Fürsorgearbeit in Form einer Neuverteilung zwischen Familie, Staat, Markt und zwischen den Geschlechtern. In Wohlfahrtsstaaten wie beispielweise Frankreich oder Schweden wird die gemeinsame Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern auch nach der Geburt eines Kindes oder im Falle der Pflegebedürftigkeit von Verwandten bereits seit einigen Jahrzehnten sozialpolitisch flankiert. Im Bereich der Familienpolitik wurde durch den Ausbau öffentlicher Betreuungseinrichtungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht und hierdurch die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen gefördert (vgl. Beckmann 2008). Schweden beispielsweise setzte darüber hinaus schon frühzeitig auf eine Geschlechterpolitik, die auch die aktive Vaterschaft in den Blick nahm und durch verschiedene Programme der Arbeitszeitreduzierung

oder bezahlten Erziehungsfreistellung eine egalitäre familiale Arbeitsteilung unterstützte (ebd.). Länder wie etwa Deutschland¹ oder Österreich zeichneten sich lange durch eine konservative Familien- und Geschlechterpolitik aus, die am Modell der Hausfrauenehe oder der Zuverdienerin festhielt. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten wurden etwa in Deutschland die Veränderungen des Geschlechterverhältnisses auch sozialpolitisch teilweise nachvollzogen und der Wunsch von Frauen (und zunehmend auch Männern) nach einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf anerkannt (vgl. Bothfeld 2008, Beckmann 2008).

Trotz der in den meisten westlichen Industrienationen vorhandenen wohlfahrtsstaatlichen Vereinbarkeitspolitiken lassen sich jedoch fünf Problemfelder identifizieren, aus denen heraus sich paradoxe Wirkungen entfalten. Diese Problemfelder lassen sich in allen Wohlfahrtsstaaten beobachten, jedoch in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung.

1. Die Norm des adult worker models, welches gerade auch im Aktivierungsparadigma der europäischen Arbeitsmarktpolitik erkennbar ist (Betzelt 2008), kann nur bedingt als Mittel der Emanzipation bewertet werden. Denn es kontrastiert mit dem Druck auf jene, die zur Sicherung ihrer Existenz Erwerbsarbeit zu jeden Bedingungen annehmen müssen und hierbei Ausbeutung, Fremdbestimmung und Diskriminierung erfahren (Kurz-Scherf et al. 2006: 2). Frauen (und auch Männer) aus sozial benachteiligten Schichten und/oder mit Migrationshintergrund erleben Erwerbstätigkeit häufig nicht als reinen Emanzipationsakt. Diese Entwicklung hängt eng zusammen mit

2. der Erosion des Familienlohns, der zu Recht im Fokus feministischer Kritik steht und stand. Mit dessen Erosion fielen in vielen Ländern die Absenkung des Lohnniveaus und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zeitlich zusammen. Hierdurch benötigen immer mehr Familien zwei VerdienereInnen, um den Unterhalt der Familie sichern zu können (Fraser 2009:52).

3. Eine gemeinsame Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern wiederum bedarf einer Flankierung durch wohlfahrtsstaatliche Regulierung, etwa in Form von öffentlicher Kinderbetreuung oder Pflegedienstleistungen. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten haben in den vergangenen Jahrzehnten den Ausbau von Betreuungseinrichtungen verfolgt, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Dennoch lassen sich in vielen Ländern, wie etwa Deutschland oder auch Frankreich (welches als Vorbild im Bereich der öffentlichen Kinderbetreuung gilt) Defizite erkennen (vgl. Beckmann/Ehnis 2009). Diese beziehen sich auf die nicht ausreichende Versorgung mit Betreuungsplätzen, teils regional, teils im Hinblick auf die Einrichtungsform². Aber auch hohe Kosten, die Familien für einen Betreuungsplatz aufbringen müssen, behindern einen uneingeschränkten Zugang zu Betreuungs- und Pflegeplätzen, gerade für sozial schlechter gestellte Familien.

4. Darüber hinaus lässt sich Sorgearbeit nicht vollständig formalisieren, monetarisieren und auf den Staat oder Markt verlagern (Geissler/Pfau-Effinger 2005: 5). Es liegt in der Natur von Care, seinen Anforderungen nicht in einem zeitlich linearen Rahmen gerecht werden zu können. Care sei daher nicht vollständig „de-familiarisierbar“, weil es nicht möglich sei, Care gänzlich zu kommodifizieren (Lewis/Giullari 2005). In der Konsequenz bedeutet dieses, dass Menschen mit Betreuungspflichten zu einem Arbeitsmarkt, der sich am Leitbild der Vollzeit verfügbaren, unab-

¹ Gemeint ist hier die Bundesrepublik Deutschland vor als auch nach der Wiedervereinigung.

² Besonders im Bereich der öffentlichen Betreuung für die unter Dreijährigen herrscht ein Mangel an Plätzen.

hängigen und flexiblen Erwerbsperson orientiert, nur eingeschränkt Zugang haben. Das betrifft nach wie vor hauptsächlich Frauen.

5. Noch immer ist die familiäre Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen nicht egalitär verteilt. Zwar hat sich in einigen Wohlfahrtsstaaten die zeitliche Verteilung der Familienarbeit zwischen den Geschlechtern durchaus verändert, in der Regel jedoch nur gering. Männer partizipieren nach wie vor im geringen Umfang an Care, trotz der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen. Den höchsten Zuwachs an männlicher Partizipation an familiärer Arbeit im Verhältnis zur Zeitverwendung der Frauen verzeichnet u.a. Schweden (OECD 2009).

Zusammenfassend zeigt sich also, dass weder die Organisation der Erwerbsarbeit noch sozialpolitische oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen eine qualitative Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglichen (vgl. Kurz-Scherf 2005).

Zwar hat die feministische Kritik am Familienlohn und am Alleinernährermodell mit der daran anknüpfenden Forderung nach einer gleichberechtigten Frauenerwerbstätigkeit nicht die einfache Etablierung einer Doppel-Verdiener-Familie nach Vorbild des adult worker models intendiert.

„Für sie [die Neue Frauenbewegung, Anm. S.B.] bedeutete Überwindung der Geschlechterungerechtigkeit, mit der systematischen Abwertung von Pflege- und Sorgetätigkeiten und der geschlechterorientierten Arbeitsteilung sowohl bei bezahlten wie bei unbezahlten Tätigkeiten Schluss zu machen. [...] Die Neue Frauenbewegung verfolgte also ein breit angelegtes Emanzipationsprojekt, das auf eine radikale Umgestaltung der Tiefenstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft zielte“ (Fraser 2009: 49).

Genau diese radikale Umgestaltung der Tiefenstrukturen ist bislang nicht erfolgt; nach wie vor ist eine auf „die Belange des Erwerbs fixierte Lebenskultur“ (Kurz-Scherf 2007: 270) hegemonial. Das bedeutet, dass das (Familien-) Leben um die Erwerbsarbeit herum organisiert wird und die Umsetzung dieser Anforderung sozial und ethnisch konnotierte Konsequenzen mit sich bringt.

So benötigen Vollzeitbeschäftigte mit Fürsorgepflichten über die staatlichen Betreuungseinrichtungen hinaus häufig weitere Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aufgrund der weitgehend fehlenden Neuverteilung familiärer Arbeit zwischen Frauen und Männern gewinnt eine andere Tendenz immer stärker an Bedeutung: Die Umverteilung von Arbeit zwischen Frauen (Rerrich 2010: 82). Oft werden Care-Arbeiterinnen gebraucht, um die Organisation von Erwerbs- und Familienleben zu bewältigen. Für viele Paare oder Familien hängt die Möglichkeit, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit in vollem Umfang aufrechterhalten, maßgeblich davon ab, Sorgearbeit auf andere Frauen, häufig mit Migrationshintergrund, zu übertragen (vgl. Misra/Merz 2007: 123). Denn neben Familienmitgliedern wie z.B. Großeltern findet man Babysitter, Kindermädchen, „bezahlte *live-ins* (meist Migrantinnen) in der häuslichen Altenpflege, und nicht zuletzt die ungezählten Reinigungskräfte mit und ohne Migrationshintergrund“ (Rerrich 2010: 82, Herv. i.O.). Diese Dienstleistungen können sich hauptsächlich finanziell besser situierte Familien leisten.

Somit wird Sorgearbeit nicht nur zwischen Familie und Staat und noch weniger zwischen Männern und Frauen, sondern zunehmend zwischen Frauen und Frauen – verschiedener Klassen und zwischen Frauen ohne und mit Migrationshintergrund – verteilt. Auch finden sich in einigen Staaten Programme zur finanziellen Förderung der Inanspruchnahme von Care-Arbeiterinnen, wie etwa der Haushaltscheck in Frankreich (vgl. Beckmann 2011). Hierdurch wird diese Verteilung durch den Staat forciert, wirksam werdend als „negative Konsequenzen der Neo-

Liberalisierung der Wohlfahrtsstaaten. [So...] führt die momentane Reorganisation des Wohlfahrtsstaates zu marktgesteuerten Dienstleistungsangeboten und einer beträchtlichen Abnahme an vom Staat zur Verfügung gestellten sozialen Betreuungsleistungen“ (Lutz 2007: 66). In Frankreich lässt sich etwa ein Rückzug aus dem Ausbau der öffentlichen Betreuungseinrichtungen für die unter Dreijährigen feststellen, während zeitgleich die finanzielle und steuerliche Förderung privat eingestellter Care-Arbeiterinnen ausgebaut wurde (ebd.). Die Inanspruchnahme der zunehmend subventionierten Verlagerung von Sorgearbeit auf den Markt ist für Familien mit geringem Einkommen hingegen unwahrscheinlich, denn Haushaltshilfen, Pflegerinnen und Kindermädchen sind für diese Familien unerschwinglich.

Ähnliche soziale Differenzen sind auch im Zugang zur öffentlichen Kinderbetreuung feststellbar. Nur in wenigen Ländern wie etwa Frankreich ist die Betreuung der Kinder ab dem dritten Lebensjahr flächendeckend und kostenlos gewährleistet. In den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten sind die öffentlichen Betreuungsplätze kostenpflichtig und insbesondere für die unter Dreijährigen teuer³ und nicht ausreichend vorhanden. Für einkommensschwache Familien ist eine gemeinsame Erwerbstätigkeit nach der Geburt des Kindes aufgrund hoher Kosten der Kleinkinderbetreuung häufig schwierig zu organisieren, dies betrifft auch im besonderen Maße Familien mit Migrationshintergrund. Eine besonders ambivalente Wirkung entfaltet Familienpolitik dort, wo neben teuren Betreuungseinrichtungen Maßnahmen wie bezahlte Erziehungsfreistellung oder Betreuungsgelder bestehen. Denn für Familien, welche eine Kleinkinderbetreuung nur eingeschränkt oder gar nicht in Anspruch nehmen können, bieten Betreuungsgeld oder bezahlte Erziehungsfreistellung einen hohen Anreiz, sich für die Erwerbsunterbrechung der Frau zu entscheiden. Familien mit gehobenem und höherem Einkommen nutzen hingegen Elterngeldangebote eher in Kombination mit einer Erwerbsreduzierung und nehmen marktformige Kinderbetreuung in Anspruch (vgl. Beckmann 2011). Hieran zeigt sich, wie verschiedene sozialpolitische Maßnahmen entlang einer sozialen Linie Familien ansprechen. In vielen europäischen Wohlfahrtsstaaten wird die mit dem adult worker model verbundene gemeinsame Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen mit Fürsorgepflichten vor allem bei Gut- und Besserverdienenden gefördert.

Die intersektionale Perspektive auf den Wandel der Geschlechterordnung im Feld der Arbeit verdeutlicht somit eine paradoxe Entwicklung. Zwar erweisen das Aufkommen des adult worker models und die damit einhergehenden politischen Regulierungen Frauen hinsichtlich feministischer Forderungen wie der verbesserte Zugang zum Arbeitsmarkt und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten durchaus „gute Dienste“. Allerdings sind es gerade die auf den Erwerb fixierten Politiken, die zu neuen Hierarchisierungsformen zwischen den Geschlechtern und zwischen Frauen unterschiedlicher Klassen und mit und ohne Migrationshintergrund führen. Das adult worker model fordert die Erwerbstätigkeit aller, stellt hierdurch aber Familien unter Druck, insbesondere jene, die sich eine Verlagerung von Care auf den Markt oder Staat finanziell kaum leisten können oder für die Infrastrukturen einer Kinderbetreuung nicht ausreichend vorhanden oder zugänglich sind.

³ Das trifft auch auf Frankreich zu.

4 Ambivalenzen der Subjektivierungsweisen von Frauen

Diese durch sozio-politische Rahmenbedingungen und Regulierungen hergestellten ambivalenten Wirkungen zeigen sich auch in den Subjektivierungsweisen von Frauen in Deutschland. Während Frauen sich zunehmend am Ideal der Erwerbsperson orientieren und Erwerbstätigkeit inzwischen eine wesentliche Dimension im Rollenbild von Frauen einnimmt, ist die Rolle als Fürsorgeperson nach wie vor bedeutsam in den geschlechtsidentitären Leitbildern von Frauen. Diese sich durchaus widersprechenden Leitbilder schlagen sich nicht nur in einer faktischen Doppelbelastung oder „doppelten Vergesellschaftung“ (Becker-Schmidt) nieder, sondern auch in subjektiven Zerrissenheiten von Frauen, die zwei Geschlechterideale vereinbaren wollen. Dieses zeigen qualitative Untersuchungen von Subjektkonstruktionen von Frauen im sozialen Wandel der letzten 20 Jahre (Beckmann 2013). Aus der Sicht einer Analyse von Regierungs- und Selbsttechnologien, wie sie in den Gouvernementalitätsstudien erfolgen, betrachtet, können die sozialen Praktiken, mit denen Frauen sich unter dem Motto einer „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ den ambivalenten Anforderungen stellen, sowohl der Aufforderung zur Sorge- als auch zur Erwerbsarbeit nachzukommen, als an Regierungsziele geknüpfte Selbsttechnologien gewertet werden. Frauen entwickeln Subjektivierungsweisen, die ambivalente und widersprüchliche gesellschaftliche Anforderungen verbinden, wodurch zum einen den politisch-ökonomischen Anforderungen des Aktivierungsparadigmas nachgekommen wird, Frauen und ihre Familien zum anderen aber auch der Tatsache gerecht werden, dass der Staat die Verantwortung für Care nach wie vor in den private Bereich und hierbei maßgeblich an Frauen verweisen kann. Die Vereinbarkeit ambivalenter Anforderungen – die aktive Erwerbsperson auf der einen, die Fürsorgeperson auf der anderen Seite – in den Subjektivierungsweisen von Frauen ist dem staatlichen Handeln, welches Carebedarfe vernachlässigt, somit zuträglich.

5 Fazit und Ausblick

Es wäre falsch zu behaupten, dass sozialpolitische Regulierungen zur Ermöglichung des adult worker models in der beschriebenen Form Folgen feministischer Politik seien. Im Gegenteil: feministische Politik verfolgte und verfolgt ein breit angelegtes Emanzipationsprojekt, welches in vielen Bereichen bereits erfolgreich zu sozialen Veränderungen führte. Im Wandel der Geschlechterordnung lassen sich neben Veränderungen jedoch auch Persistenzen tradierter Muster erkennen, die nach wie vor in sozialen Hierarchisierungen münden, und eben nicht den Zielen feministischer Emanzipationsforderungen entsprechen. Die intersektionale Analyse im Beitrag legt offen, an welchen Punkten dieses im Feld der Arbeit beobachtbar ist. Weiterhin fehlt eine holistische diskursive Wahrnehmung der Belange von Fürsorgetätigkeiten. Stattdessen sollen die gegenwärtigen sozial- und familienpolitischen Maßnahmen vor allem dazu beitragen, Menschen mit Betreuungsaufgaben möglichst effizient für die Anforderungen der Arbeitswelt auszustatten. Eine solche Perspektive auf die Bedeutung von Erwerbsarbeit führt in der Konsequenz zur Exklusion derer, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht völlig entsprechen. Ebenso wenig wie die geschlechterregalitere Organisation von Sorgearbeit stehen soziale Dimensionen des Zugangs zur Erwerbstätigkeit im Zentrum des sozialpolitischen Interesses. Ausdruck hierfür sind sozialpolitische Regulierungen, die in einer sozial segregierten Organisation von Care münden – die Fürsorgearbeit wohlhabender Doppelverdienerpaare wird auf den Staat oder Markt verlagert,

während sozial schlechter gestellte Familien (bzw. deren Frauen) diese Arbeit selbst und für andere übernehmen. Und ebenso wenig scheinen die in der zunehmenden Beschäftigung von Care-Arbeiterinnen angelegten Dimensionen des Verhältnisses zwischen nicht migrantischen und migrantischen Familien wahrgenommen zu werden. Desweiteren wird auch deutlich, wie soziale Positionierungen verfestigt werden durch Migrationsregime, die Migrantinnen auf bestimmte Bereiche des Arbeitsmarktes festlegen.

Insgesamt wird also deutlich, dass der Wandel der Geschlechterordnung bezogen auf den Bereich der Arbeit zweiseitige Entwicklungen aufweist. Während einerseits durchaus tradierte Hierarchien und Platzzuweisungen aufgebrochen werden konnten, blieben andere Hierarchien bestehen oder es tauchten neue Formen auf. Um den zukünftigen Wandel der Geschlechterordnung im Bereich der Arbeit entsprechend feministischer Forderungen zu gestalten, muss ein zukunftsfähiger Arbeits- und citizen-Begriff zugrundegelegt werden. Der Arbeitsbegriff muss um den der Fürsorgearbeit erweitert und somit eine Lebensweise gefördert werden, die nicht vorrangig um Lohnarbeit kreist, sondern Fürsorgearbeit egalitär zwischen den Geschlechtern und zwischen Familie und Staat verteilt. Hieran anschließend bedarf es eines citizen-Verständnisses, welches die Menschen als versorgend und sorgebedürftig auffasst. Und als letzter Punkt sei genannt, dass die Forderung nach einem ‚tiefenstrukturellen‘ Wandel der Gesellschaft und damit der Geschlechterordnung nach wie vor nicht obsolet sind. Hierfür bedarf es einer feministischen Theorie und Politik, die eine Analyse und Kritik der Geschlechterverhältnisse mit der Problematisierung anderer Herrschafts- und Unterdrückungsformen verbindet.

Literatur

- Beckmann, Sabine (2008): *Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland*. Münster.
- Beckmann, Sabine (2011): *Intersektionale Perspektiven auf Care in Frankreich – Methodologische Überlegungen zu migrantischer Sorgearbeit in der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung*. In: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, (3) 3: 24-38.
- Beckmann, S. (2013): *Women and Care: Subjectification in times of the rising adult worker model – An intersectional perspective*, in: AG About Gender – International journal of gender studies 2 (4). <http://www.aboutgender.unige.it/ojs/index.php/generis/article/view/92>.
- Beckmann, Sabine/Ehnis, Patrick (2009): *Familienpolitik und Geschlechterkultur – Frankreich zwischen Emanzipation und Traditionalisierung*. In: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, (1) 1: 28-45.
- Betzelt, Sigrid (2008): *Activation policies from a gender-sensible citizenship perspective: A tentative analytical framework*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/3008, Bremen.
- Bothfeld, Silke (2008): *Under (Re-) Construction – die Fragmentierung des deutschen Geschlechterregimes durch die neue Familienpolitik*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 1/2008, Bremen.
- Crenshaw, Kimberlé (1989): *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine*. The University of Chicago Legal Forum, Vol 1989, 139-167.
- Hagemann-White, Carol (2011): *Intersektionalität als theoretische Herausforderung für die Geschlechterforschung*. In: Vinz, Dagmar/Smykalla, Sandra (Hrsg.): *Intersektionalität zwischen*

- Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Münster, 17-30.
- McCall, Leslie. (2005). The Complexity of Intersectionality. *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, 30 (3), 1771-1800.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54 (8): 43-57.
- Geissler, Birgit/ Pfau-Effinger, Birgit (2005): Change in European Care Arrangements. In: diess. (Hrsg.): *Care and social intergration in European societies*. Bristol: 3-17.
- Klinger, Cornelia (2008): Überkreuzende Identitäten – Ineinandergreifende Strukturen. In: Klinger, Cornelia/Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.): *Überkreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz*. Münster: 38-67.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2009): „Trans-Begriffe“, „Paradoxie“ und „Intersektionalität“ – Notizen zu Veränderungen im Vokabular der Gesellschaftsanalyse. In: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit (Hrsg.): *Erkenntnis und Methoden. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs*. Wiesbaden: 309-324.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2005): „Arbeit neu denken, erforschen, gestalten“ – ein feministisches Projekt. In: Dies./Correll, Lena/Janczyk, Stefanie (Hrsg.): *In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel*. Münster, 15-35.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2007): Soziabilität – auf der Suche nach neuen Leitbildern der Arbeits- und Geschlechterpolitik. In: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jakobsen, Heike/Völker, Susanne (Hrsg.): *Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 269–284.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (2006): Arbeit und Geschlecht im Wandel: Kontinuitäten, Brüche und Perspektiven für Wissenschaft und Politik. In: *gender...politik...online* Nr. 12/2006. http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/kurz_scherf_lepperhoff_scheele.pdf. Download 23.09.2011.
- Lewis, Jane/Giullari, Susanna (2005): The adult worker model family, gender equality and care: the search for new policy principles and the possibilities and problems of a capabilities approach. *Economy and Society* 34 (1): 76-104.
- Lutz, Helma (2007): Intime Fremde – Migrantinnen als Haushaltsarbeiterinnen in Westeuropa. *L'Homme. Europäische Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* (18) 1: 61-78.
- Misra, Joya/Merz, Sabine N. (2007): Neoliberalism, Globalization, and the International Division of Care, in: Cabezas, Amalia/Reese, Ellen/Waller, Marguerite (Hg.): *Wages of Empire: Women's Poverty, Globalization and State Transformations*, Boulder: 113-126.
- OECD (2009): OECD Family Database. LMF11: Time Use for Work, Care and Other Day-To-Day Activities. <http://www.oecd.org/dataoecd/1/50/43199641.pdf>. Download 23.09.2011.
- Rerrich, Maria S (2010): Care und Gerechtigkeit. Perspektiven der Gestaltung eines unsichtbaren Arbeitsbereichs. In: Aitzsch, Ursula/Schmidbaur, Marianne (Hg.): *Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 43–58.